Bunt statt Braun - Gemeinsam stark für Flüchtlinge e. V.
Wilhelm-Busch-Str. 5, 95447 Bayreuth

Wahlkreisbüro Hartmut Koschyk MdB, Wölfelstraße 6

95444 Bayreuth



Datum: Juni 2015

**Offener Brief zur geplanten Asylrechtsverschärfung**

Sehr geehrter Herr Koschyk,

mit diesem Schreiben fordern wir Sie dazu auf, sich in Ihrer Position als Abgeordnete des Deutschen Bundestages gegen die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs zur „Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ am 2. Juli 2015 einzusetzen.

Wir von „Bunt statt Braun – gemeinsam stark für Flüchtlinge“ und Bayreuther Bürger\*innen, fragen uns, wozu wir Flüchtlinge willkommen heißen und in die Gesellschaft begleiten, wenn sie am nächsten Tag abgeholt, inhaftiert und abgeschoben werden können?

Offensichtlich soll mit dem Gesetzesvorhaben eine Entwicklung zurückgerollt werden, die in den letzten Jahren zu einer deutlichen Reduzierung von Inhaftierungen führte. Der BGH hatte am 26.06.14 entschieden, dass Haft im Zusammenhang mit so genannten Dublin-Überstellungen nur noch in Ausnahmefällen zulässig sei.

Die Landesregierungen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein forderten die Abschaffung der Abschiebehaft – zusammen mit menschenrechts- und flüchtlingspolitischen Organisationen, den Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen.

Dennoch liegt dem Bundestag nun ein Entwurf vor, der Inhaftierungen wieder vereinfachen soll. Dieses Gesetzesvorhaben läuft unserer Arbeit in Bayreuth, entgegen. Wir möchten in Bayreuth keine rassistische Grundstimmung dulden und ihr mit antirassistischer Initiative begegnen, nicht mit Gesetzesverschärfungen, die Flüchtlinge als Verbrecher darstellen.

Mit der Verabschiedung des „Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ sehen wir gravierende Einschnitte in das Asylrecht kommen. Zwar sieht der Gesetzesentwurf im Bereich des Bleiberechts für Geduldete in Deutschland Verbesserungen vor, jedoch sind selbst diese erheblichen Einschränkungen unterworfen. Gleichzeitig sollen Abschiebehaft, Einreise- und Aufenthaltsverbot sowie Ausweisungen zur gängigen Praxis werden.

Mit unserem Appell von “Bunt statt Braun – gemeinsam stark für Flüchtlinge e.V.” im Rahmen der Aktion “Wer nicht ertrinkt wird eingesperrt” reihen wir uns ein in die Stellungnahmen von Amnesty International, Pro Asyl, UNHCR und weiteren Organisationen, deren wichtigste Punkte Sie auf der nächsten Seite finden. Wir fordern Sie ausdrücklich auf: Bitte setzen Sie sich dafür ein, diese zum Großteil Europa- und Verfassungsrechtlich fragwürdigen Härten aus dem Gesetz zu verhandeln. Dazu gehört insbesondere

* die besondere Schutzbedürftigkeit von minderjährigen Geflüchteten,
* legale Fluchtwege nach Deutschland,
* Keine Ausweitung der Haftgründe für Flüchtlinge.

Mit freundlichen Grüßen,



Das Wichtigste in Kürze:

**Ausschluss der unbegleiteten Minderjährigen vom Bleiberecht für Heranwachsende**

Reisen unbegleitete minderjährige Geflüchtete nach ihrem 17. Geburtstag nach Deutschland ein, werden Sie sowohl von der Bleiberechtsregelung für Heranwachsende (§ 25a) als auch von der „Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration“ (§ 25b) ausgeschlossen. Damit wird ihnen die besondere Schutzbedürftigkeit als Minderjährige aberkannt.

**Massive Ausweitung von Haftgründen**

Obwohl die Genfer Flüchtlingskonvention (Art. 31 Abs. 1 GFK) die Inhaftierung von Schutzsuchenden untersagt, ist diese in Deutschland gängige Praxis. Das geplante Gesetz sieht sogar noch eine Ausweitung vor. Es sieht vor, Schutzsuchende allein aus dem Grund zu inhaftieren, weil sie aus einem anderen Dublin-Staat eingereist sind, bevor dort über ihren Asylantrag entschieden worden ist (§ 2 Abs. 15 Satz 2). Da Deutschland von diesen Staaten umgeben ist, träfe dies den Großteil der Geflüchteten, die unter die Dublin-III-Verordnung fallen. Hierbei würde das Gesetz gegen die Dublin-III-Verordnung selbst verstoßen (§ 28 Abs. 1 der Dublin-III-VO).

Außerdem sollen Geflüchtete u.a. inhaftiert werden können, wenn sie ihre Identitätspapiere vernichtet, „eindeutig unstimmige oder falsche Angaben gemacht“ oder zu ihrer „unerlaubten Einreise erhebliche Geldbeträge für einen ‚Schleuser‘ aufgewandt“ haben. All dies seien Anhaltspunkte für „Fluchtgefahr“ – zynischer hätte es der Gesetzgeber kaum formulieren können. Hier drängen sich die Fragen auf: *Welche\*r Geflüchtete\*r reist nicht ohne Identitätspapiere nach Deutschland ein? Wer entscheidet eigentlich darüber, was „eindeutig unstimmige oder falsche Angaben“ sind? Wie sollen Geflüchtete ohne Fluchthelfer\*innen nach Europa gelangen, wenn keine legalen Einreisewege bestehen?*

**Noch schärfere Diskriminierung von Geflüchteten aus den Westbalkanstaaten**

Nach dem neuen Gesetz soll es möglich sein, ein Einreise- und Aufenthaltsverbot (§ 11 Abs. 7) für Geflüchtete zu verhängen, deren Asylantrag nach der „Sicheren-Herkunftsländer“-Regelung abgelehnt wurde. Dabei ist besonders bedenklich, dass in dieser Situation eine Einreise für den gesamten Schengen-Raum gesperrt wäre. Weil die Westbalkanstaaten von EU-Staaten umgeben sind, würde den abgelehnten Schutzsuchenden damit faktisch ihr Menschenrecht auf Ausreise (Art. 13 AEM) aberkannt werden. Schon jetzt werden potentielle Schutzsuchende, insbesondere Roma, aufgrund des Drucks der EU in manchen dieser Staaten an ihrer Ausreise gehindert. Das neue Gesetz würde diese Diskriminierung rechtlich zementieren.

